

"Fairtradestadt" Wismar

Datum: 18.03.2024
Federführung: 1 Büro der Bürgerschaft
Beteiligte Ämter:
Antragsteller: SPD-Fraktion
Beratungsfolge

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Bürgerschaft der Hansestadt Wismar (Entscheidung)		Ö

Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft beschließt, dass Wismar an der Kampagne Fairtrade-Towns teilnimmt und die Auszeichnung mit dem fairtrade Siegel anstrebt. Die 5 Kriterien der Fairtrade-Towns Kampagne sollen hierfür erfüllt werden. Bei Beratungen des Bürgermeisters und der Bürgerschaft und ihrer Ausschüsse, zu denen Kaffee oder Tee und Gebäck gereicht werden, ist darauf hinzuwirken, dass der Kaffee und mindestens eins der weiteren Produkte aus fairem Handel stammen.

Begründung

Das Fairtrade Siegel ist Ausdruck davon, dass auch von Seiten der Konsumenten auf die Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern vieler Produkte Einfluss genommen werden kann und sollte. Die Wismarer Bürgerschaft bekennt sich mit dem Erstreben des fairtrade Siegels dazu, das Thema ernst nehmen zu wollen. Der Beschluss ist eine wichtige Voraussetzung für das Beschreiten des Weges hin zu einem solchen Siegel. Der Weg selber muss dann durch die Stadtgesellschaft gegangen werden. Hierfür soll es eine Steuerungsgruppe geben, die sich aus mindestens 3 Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Bürgern zusammensetzt. Diese Steuerungsgruppe unterstützt die Stadtgesellschaft dabei, die weiteren Kriterien des fairtrade-Siegels zu erfüllen.

Dies sind:

1. die Verkauf oder Verwendung fair gehandelter Produkte durch lokale Geschäfte und Gastronomien,
2. Informations- und Bildungsaktivitäten für den fairen Handel und
3. Die Durchführung von Öffentlichkeitsarbeit zum Thema fairer Handel.

Im Laufe der Unterschriftensammlung und in Gesprächen zum Thema zeichnete sich ab, dass es viele Akteure in Wismar gibt, die entweder Kriterien bereits erfüllen und/oder sich gerne an der Steuerungsgruppe beteiligen würden.

Der erste Schritt auf dem Weg zum Siegel ist jedoch der hier zu fällende Bürgerschaftsbeschluss, mit dem für die Stadt lediglich die Verpflichtung verbunden wäre im Falle von Bewirtungsleistungen bei Beratungen der Verwaltung oder der Bürgerschaft mindestens ein fair gehandeltes Produkt zu verwenden. Dies ist ein ohnehin erstrebenswertes Ziel und angesichts des Umfangs der Bewirtungsleistungen bei der

Bürgerschaft ein gut zu erreichendes Ziel.

Finanzielle Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n